

Presse-Information

Nr. 955

14. Januar 2010

Heute mit folgenden Themen:

- Bundesregierung plant aktuell keine Pkw- oder City-Maut
- 2010: Die wichtigsten Änderungen im Verkehrsbereich
- Verbraucherschützer fordern Preissenkungen im Hotelgewerbe
- Verkehrssicherheit hat für künftigen EU-Verkehrskommissar Vorrang
- Flugsicherheit erfordert klare EU-Rahmenbedingungen für den Einsatz von Nackt-Scannern
- Frankreich verzeichnet 2009 weiteren Rückgang von Unfällen mit Personenschaden

Bundesregierung plant aktuell keine Pkw- oder City-Maut

Bad Windsheim (ARCD) – Die neue Bundesregierung plant in dieser Wahlperiode keine Einführung einer Pkw- oder City-Maut. Dies geht aus der Antwort der Regierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hervor. Wegen der eindeutigen Regelung im Koalitionsvertrag stelle sich auch nicht die Frage nach einer Erhöhung der Lkw-Maut. Zuletzt hatte Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) Berichte über angebliche Vorbereitungen für eine Pkw-Maut dementiert. Es gebe in seinem Haus „derzeit keine Gespräche über die technische Machbarkeit der Straßengebühr“, erklärte Ramsauer gegenüber der Deutschen Presse Agentur dpa. Er wolle seinen Beamten aber „keine Denkverbote“ erteilen. Beim Auto- und Reiseclub Deutschland (ARCD) hegt man Zweifel an der Halbwertzeit der gegenwärtigen Ablehnung durch die Bundesregierung. Es sei zu fragen, ob die Rechnung ohne den Wirt gemacht wird. Denn der Bundesfinanzminister werde sich keine Optionen zur Erhöhung der Staatseinnahmen entgehen lassen. Der finanzielle Kassensturz im Frühjahr werde zeigen, wie groß der Handlungsbedarf ist, um den Bürgern in die Taschen zu greifen. In der Vergangenheit hatten führende Verkehrspolitiker des Deutschen Bundestages in Erklärungen der Einführung einer Auto-Maut eine Hintertür offen gelassen. Noch im vergangenen Jahr setzte sich der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer für eine Pkw-Autobahnmaut in Höhe von 100 Euro pro Jahr und im Gegenzug für eine Senkung der Treibstoffsteuer ein. Beim Thema City-Maut dagegen bestehen kaum Zweifel: Sie wird auch in den nächsten Legislaturperioden nicht kommen. Schon die Große Koalition sah als Vorgängerregierung keinen Handlungsbedarf. Ein City-Wegezoll würde Kaufkraft aus den Innenstadtbereichen abziehen und ein erhöhtes Verkehrsaufkommen in mautfreien Zonen produzieren. Außerdem würde die Höhe der Mauterhebungskosten eine City-Maut ökonomisch nicht rechtfertigen, verlautete aus Regierungskreisen. **ARCD**

Diese Meldung hat 2.006 Zeichen.

2010: Die wichtigsten Änderungen im Verkehrsbereich

Bad Windsheim (ARCD) – Der Auto- und Reiseclub Deutschland (ARCD) weist zu Jahresbeginn auf wichtige Änderungen im Verkehrsbereich hin. So verschwindet die sechseckige AU-Plakette ab 2010 nach und nach von den Nummernschildern. Künftig prüfen die Sachverständigenorganisationen die Abgaswerte im Rahmen der Hauptuntersuchung (HU).



Presse-Information

Abgelaufene Plaketten werden entfernt und durch eine weiße Blankoplakette ersetzt. Die HU-Plakette am rückwärtigen Kennzeichen signalisiert dann, dass die Hauptuntersuchung einschließlich Abgasuntersuchung bestanden wurde. Neu im Bußgeldkatalog ist der Tatbestand „Trotz erloschener Betriebserlaubnis in Betrieb gesetzt“. In diesem Fall werden Bußgelder zwischen 90 (Pkw) und 270 Euro (Bus) fällig. Die Zulassung eines Fahrzeugs im Internet wird probeweise in einigen Bundesländern, darunter Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen, ohne Besuch beim örtlichen Zulassungsamt möglich. Nach erfolgreicher Testphase sollen die übrigen Länder folgen. In einigen Bundesländern soll bei einem Umzug des Halters die „Mitnahme“ des Kennzeichens möglich werden. In Hessen ist dies bereits der Fall. Mit Inkrafttreten einer neuen Verbraucherkreditrichtlinie ab 11. Juni 2010 müssen Autohersteller und -händler bei Finanzierungsmodellen schon in der Werbung den effektiven Jahreszins nennen. In den Umweltzonen von Berlin und Hannover dürfen ab 1. Januar nur noch Fahrzeuge mit grüner Plakette fahren. In Köln und Bremen dürfen Fahrzeuge mit roter Plakette ab Jahresanfang nicht mehr unterwegs sein, gleiches gilt ab dem 1. Oktober auch für Augsburg. Betroffen sind nicht nur Anwohner, sondern auch Ortsfremde, die mit einem Fahrzeug unterwegs sind, das nicht als schadstoffarm gilt. Insgesamt gibt es in Deutschland nunmehr 40 Umweltzonen. Eine laufend aktualisierte Liste kann auf der Homepage des Umweltbundesamtes unter www.umweltbundesamt.de/luft/index.htm eingesehen werden. Im neuen Jahr führen mit Bayern und Baden-Württemberg weitere Länder die Führerschein-Prüfung am PC ein. Damit haben die bisherigen Fragebögen ausgedient. Verlängert wird die Temporegelung mit 100 km/h für Wohnmobile zwischen 3,5 und 7,5 Tonnen auf Autobahnen. Teurer wird das Fahren mit dem Pkw ins Ausland: Österreich, Tschechien und die Slowakei erhöhen ihre Mautgebühren. Für Fahrzeuge, die mehr als 3,5 Tonnen wiegen, brauchen Nutzer dort keine Vignette mehr. Sie zahlen stattdessen eine Maut, die sich nach der gefahrenen Strecke richtet. Dazu muss in jedem dieser Fahrzeuge ein spezielles Erhebungsgerät montiert sein. In Österreich richtet sich die Höhe der Maut zusätzlich nach dem jeweiligen Schadstoffausstoß. Für Besitzer älterer Wohnmobile über 3,5 Tonnen mit schlechterer Emissionsklasse wird es teurer, Fahrzeuge ab Emissionsklasse Euro 4 fahren billiger als bisher. Günstiger bei den Tarifen werden Handytelefonate aus dem Ausland: Ab Juli 2010 wird der Höchstpreis auf 39 Cent pro Minute begrenzt. Für angenommene Anrufe auf dem Handy dürfen dann in den Ländern der Europäischen Union höchstens 15 Cent berechnet werden. Für die Internetnutzung mit dem Handy oder Laptop sinkt der Höchstbetrag auf 80 Cent pro Megabyte plus Mehrwertsteuer. Das Abhören der Mailbox im Ausland muss laut Stiftung Warentest spätestens ab Mitte 2010 kostenlos möglich sein. **ARCD**

Diese Meldung hat 3.324 Zeichen.

Verbraucherschützer fordern Preissenkungen im Hotelgewerbe

Bad Windsheim (ARCD) – Eine Senkung der Mehrwertsteuer war die wichtigste Forderung des deutschen Beherbergungsgewerbes an die neue Bundesregierung. Die Koalition aus CDU/CSU und FDP reduzierte die Mehrwertsteuer denn auch von 19 auf 7 Prozent. Vorher hatte die Hotellerie in einer Mitteilung Ihrer Spitzenorganisation Deutscher Hotel- und Gaststättenverband e.V. (DEHOGA) versprochen, sich der eigenen Verantwortung bewusst zu sein und „durch einen spürbaren Preis-, Investitions- und Beschäftigungsimpuls“ die neuen finanziellen Handlungsspielräume zu nutzen. Dieser gute Vorsatz wurde nach dem Beschluss der Bundesregierung zur Mehrwertsteuersenkung noch einmal bekräftigt. Bisher wurden die



Presse-Information

vom DEHOGA formulierten guten Absichten, was die Preisgestaltung betrifft, von den meisten Betrieben noch nicht realisiert. Eine stichprobenartige Überprüfung der Hotelpreise in Sachsen durch die dortige Verbraucherzentrale zeigt ein enttäuschendes Ergebnis. Danach übernahmen 80 Prozent der Hotels die Preise aus 2009 in das steuergünstigere neue Jahr. „Wir raten Verbrauchern, bei Hotelbuchungen ganz konkret nach Preisreduzierung zu fragen und sich dabei auf die neue Regelung zu beziehen“, empfiehlt Bettina Dietrich von der Geschäftsführung der Verbraucherzentrale. Dem schließt sich der Auto- und Reiseclub Deutschland (ARCD) an. Es sei davon auszugehen, dass die fehlende Bereitschaft zu Preissenkungen im Beherbergungsgewerbe für ganz Deutschland gilt. Eine Stichprobe von stern.de unter 21 Hotels ergab, dass nur ein einziger Betrieb die Preise gesenkt hatte. Nach einer Untersuchung des Hotelbuchungsportals Trivago sind die Zimmerpreise in Deutschland von Dezember 2009 auf Januar 2010 sogar um ein Prozent gestiegen. Hingegen sanken die Übernachtungspreise in europäischen Metropolen im Vergleich zum Vorjahr. Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband verteidigt das Verhalten der Hoteliers: „In dem Moment, in dem ein Unternehmer investiert und die Zimmer renoviert und ein besseres Angebot schafft, ohne die Preise zu erhöhen, verbessert er das Preis-Leistungs-Verhältnis, und das ist quasi eine Preissenkung für den Kunden“, sagte eine Sprecherin. Der ARCD sieht hingegen eher die Gefahr, dass in den meisten Beherbergungsbetrieben alles bleibt, wie es ist, und die Steuersenkung zu einem lukrativen Mitnahmeeffekt gerät. Immerhin bringt der Nachlass Bund, Ländern und Kommunen Einbußen in Milliardenhöhe – für die am Ende alle Steuer zahlenden Verbraucher aufkommen müssen. **ARCD**

Diese Meldung hat 2.550 Zeichen.

Verkehrssicherheit hat für künftigen EU-Verkehrskommissar Vorrang

Bad Windsheim (ARCD) – Der designierte EU-Kommissar für Verkehr Siim Kallas hat sich in der Winterpause intensiv auf sein künftiges Arbeitsgebiet vorbereitet. Er wird sein Amt am 1. Februar antreten, so das EU-Parlament seiner Nominierung zustimmt. Vor seiner Anhörung durch die Abgeordneten legte der 62-jährige Este bereits die Schwerpunkte seines Programms offen. „Zentrale Bedeutung“ misst Kallas der Straßenverkehrssicherheit zu: „Sie wird an vorderer Stelle meiner Prioritätenliste stehen.“ Unmittelbar nach seinem Amtsantritt wird er das entsprechende europäische Aktionsprogramm für die Jahre 2011 - 2020 einleiten. „Ich sehe eine Reihe konkreter Maßnahmen vor, die sich besonders auf Schulung und Erziehung, den Schutz besonders gefährdeter Verkehrsteilnehmer und die Nutzbarmachung der rapiden Entwicklung von Fahrzeug- und Kommunikationstechnologien konzentrieren werden“, verspricht Kallas. Zugleich will er sich für einen „wirksamen Schutz der Passagierrechte bei allen Verkehrsträgern“ sowie „die Verbesserung der städtischen Mobilität mit dem Ziel einsetzen, die Verkehrsgewohnheiten zu ändern und die Lebensqualität zu erhöhen.“ Das Ziel eines CO₂-armen Verkehrs hofft Kallas durch „die schrittweise Einführung der Bepreisung von Externalitäten* des Verkehrs bei allen Verkehrsträgern“ zu erreichen. Aus seinen bisherigen Erfahrungen als EU-Kommissar für Verwaltung, Audit und Betrugsbekämpfung hat Kallas gelernt, dass EU-weite Maßnahmen nur durch eine aktive Einbeziehung aller Beteiligten erfolgreich sein können. Er will eng mit der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten und Legislativvorschläge „nur dann machen, wenn die relevanten Konsultationen ihrer wirtschaftlichen, umweltbezogenen und sozialen Auswirkungen erfolgreich abgeschlossen wurden.“ Bei der Erstellung des Aktionsplans für Verkehrssicherheit 2011 - 2020 plant Kallas ausdrücklich,



Presse-Information

den Anliegen der Mitgliedsstaaten Rechnung zu tragen, um nicht über die Köpfe der Bürger hinweg zu entscheiden. Der ARCD begrüßt den offenen politischen Ansatz des künftigen EU-Verkehrskommissars und wird im Rahmen des Verbunds Europäischer Automobilclubs EAC die Anliegen seiner Mitglieder in kritischer und konstruktiver Form in Brüssel einbringen. **ARCD**

* Anmerkung des ARCD: Als Externalität oder externen Effekt bezeichnet man in der Volkswirtschaftslehre die Auswirkung einer Aktivität (Produktion, Konsum) auf Dritte, die bei der zugehörigen wirtschaftlichen Entscheidung nicht berücksichtigt wird.

Diese Meldung hat 2.286 Zeichen.

Flugsicherheit erfordert klare EU-Rahmenbedingungen für den Einsatz von Nackt-Scannern

Bad Windsheim (ARCD) – Der Einsatz so genannter Nackt-Scanner auf europäischen Flughäfen sollte nicht dem Gutdünken der Mitgliedsstaaten überlassen bleiben, sondern Gegenstand einer europäischen Gesetzesregelung werden. Dafür sprach sich der noch amtierende EU-Kommissar für Verkehr Antonio Tajani nach einer Sondersitzung des Komitees der EU-Sicherheitsbeauftragten für zivile Luftfahrt am 7. Januar aus. Das gescheiterte Sprengstoff-Attentat auf einem Flug von Amsterdam nach Detroit (USA) zu Weihnachten hätte die Dringlichkeit gesetzlicher Rahmenbedingungen für die Einführung der umstrittenen Nackt-Scanner deutlich gemacht. Ein diesbezüglicher Vorschlag sei laut Tajani binnen Kurzem von seinem Nachfolger Siim Kallas zu erwarten. Bisherige Bemühungen der EU-Kommission zur Einführung von Ganzkörper-Scannern in den Abfertigungshallen europäischer Flughäfen zur Entdeckung eventueller Sprengsätze unter der Kleidung von Fluggpassagieren waren 2008 am Widerstand des EU-Parlaments gescheitert. Die Wahrung der Privatsphäre, Datenschutzbelange und gesundheitliche Bedenken seien stärker zu berücksichtigen, forderte damals eine Mehrheit von EU-Abgeordneten. Laut Tajani konnte die EU-Kommission diese Vorbehalte nun ausräumen. Experten der EU-Kommission zufolge sei die jüngste Generation von Nackt-Scannern so konzipiert, dass die Bilder unmittelbar gelöscht würden und damit unzulässiger Gebrauch auszuschließen sei. In Zusammenarbeit mit US-Experten will die Kommission einheitliche Regeln für ein allgemein verbindliches Sicherheitsniveau der Nackt-Scanner vorschlagen, wobei Eingriffe in die Privatsphäre des einzelnen Fluggastes auf ein Minimum beschränkt werden sollen. Solche Scanner werden heute bereits testweise auf internationalen Flughäfen in den Niederlanden und Großbritannien eingesetzt, Frankreich will nachziehen. Fluggäste, die sich einer Durchleuchtung im Nackt-Scanner nicht aussetzen wollen, können sich in Großbritannien für eine herkömmliche Leibesvisitation durch Abtasten entscheiden. **ARCD**

Diese Meldung hat 2.105 Zeichen.

Frankreich verzeichnet 2009 weiteren Rückgang von Unfällen mit Personenschaden

Bad Windsheim (ARCD) – Eine halbe Million Alkohol-Testsets wurden während der Weihnachtsfeiertage in Frankreich an den wichtigsten Mautstellen des Landes gratis an Autofahrer verteilt. Zusätzlich appellierten aufrüttelnde TV-Spots an die Verantwortung der Bürger, alkoholisierte Freunde oder Familienmitglieder von der Heimfahrt mit dem eigenen Auto abzubrin-



Presse-Information

gen. Das Ergebnis der intensiven Sensibilisierungskampagne kann sich sehen lassen: 67 Verkehrstote weniger (– 18,5 %) als im Dezember 2008 sowie 25,1 % weniger Verletzte (5577). Laut vorläufiger Unfallstatistik des französischen Verkehrsministeriums konnte damit die Jahresbilanz 2009 sprichwörtlich „in letzter Minute“ zum Positiven gewendet werden. Während die Zahl der Verkehrstoten (4262) stagnierte (– 0,3 %), ist die Anzahl der Unfälle mit Personenschaden (68 512) um 8 % zurückgegangen. Zugleich mussten 10,5 % weniger Verletzte (83 911) verarztet werden. Die Verbesserung der Verkehrssicherheit ist in Frankreich „Chefsache“: Staatspräsident Nicolas Sarkozy war mit dem Versprechen angetreten, die Anzahl der Verkehrstoten bis 2012 auf einen Wert unter 3000 zu drücken. Zum Vergleich: Ersten Schätzungen des Statistischen Bundesamts in Wiesbaden zufolge sind im Jahr 2009 in Deutschland bei Verkehrsunfällen 4050 Menschen tödlich verunglückt, was einen Rückgang um 427 Opfer (– 9,5 %) entsprachen und den niedrigsten Stand seit Einführung der Statistik bedeuten würde. **ARCD**

Diese Meldung hat 1.518 Zeichen.

